

# Schwerpunkt Einblicke in das Stimmverhalten

## Zur Umfrage 2200 Personen gaben Meinung ab

VADUZ Erneut führte das Liechtenstein-Institut gemeinsam mit den beiden Landeszeitungen eine Umfrage zur Abstimmung durch. Die Konzeption, Durchführung und Auswertung lag in der Verantwortung des Liechtenstein-Instituts, die Medien sorgten für eine öffentlichkeitswirksame Verbreitung. Von 7. bis 18. September war eine Teilnahme möglich, insgesamt nahmen rund 2200 Personen teil. Tatsächlich abgestimmt haben davon 1866 Personen, nur deren Antworten wurden in der Analyse der vorläufigen Ergebnisse berücksichtigt. Die Daten wurden nach Entscheidungsverhalten, Geschlecht und Alter gewichtet. (red)

## Informationsverhalten Leserbriefe und Telegram beliebter bei 2G-Gegnern

VADUZ Die Meinungen waren auf beiden Seiten früh gemacht. Deutliche Unterschiede gab es zum Teil allerdings in den jeweiligen Informationsquellen. Beide Seiten informierten sich zwar etwa gleich häufig über persönliche Gespräche und das Internet. Wie die vorläufigen Umfrageergebnisse des Liechtenstein-Instituts zeigen, nutzten Jastimmende «klassische Medien» und die offizielle Abstimmungsbroschüre aber deutlich häufiger als die Gegner der Vorlage. Diese gaben wiederum weitaus häufiger an, sich mittels Leserbriefe und Messengerdienste wie Telegram zu informieren. Eine Person nutzt also eher jene Kanäle, die die eigene Gesinnung bestätigen und stimmt auch dementsprechend ab. In welche Richtung hier eine Kausalität vorliegt, erhob das Liechtenstein-Institut nicht. «Wahrscheinlich liegt eine Wechselwirkung vor», heisst es in der Analyse.

Empfehlungen spielten in der Entscheidung eine eher untergeordnete Rolle. Immerhin 31 Prozent der Jastimmenden orientierten sich aber an der Empfehlung der Regierung, ein Fünftel am Fürstenhaus - im Gegensatz zu den Neinstimmenden. (df)

# Hoffnung und Pandemiemüdigkeit: Mehrheit glaubt an ruhigen Winter

**Umfrage** Die Argumente bezüglich 2G-Gesetz fanden vor allem im eigenen Lager Anklang. Das Abstimmungsergebnis war auch davon beeinflusst, mit welchen Erwartungen die Liechtensteiner auf den Winter und eine allfällige «Welle» blicken.

VON DANIELA FRITZ

Für neun von zehn Abstimmenden stand die Entscheidung von Anfang an klar fest, wie vorläufige Ergebnisse der Umfrage des Liechtenstein-Instituts zeigen. Dementsprechend wenig Chancen hatten Gegner und Befürworter des 2G-Gesetzes, mit ihren Argumenten durchzudringen. «Die Auswertung zeigt, wie «verhärtet» und klar die Fronten bei dieser Abstimmung waren», kommt auch Thomas Milic, Forschungsbeauftragter beim Liechtenstein-Institut, bei seiner Analyse zum Schluss. Wer mit Ja stimmte, zeigte sich mit den Argumenten der Pro-Seite weitgehend einverstanden - bei den Neinstimmenden war es genau umgekehrt. «Es macht nicht den Eindruck, als sei die Meinungsbildung ein Abwägungsprozess gewesen», so Milic. «Die allermeisten hatten keine Mühe, zu einem Entscheid zu gelangen. Er stand ohnehin meist von vornherein unerschütterlich fest.» Am schärfsten gingen die Meinungen auseinander, was eine potenzielle Diskriminierung durch die 2G-Regelung angeht. Während die Gegner überzeugt waren, dass Ungeimpfte unzulässig diskriminiert werden, stellten die Befürworter dies vehement in Abrede. Etwas differenzierter sah dies die Gruppe der Personen, die mindestens eine Impfdosis erhalten haben: Hier sind immerhin 31 Prozent der Meinung, dass die Regelung diskriminierend war. Hingegen fühlten sich nur zwei Prozent der Ungeimpften nicht diskriminiert.

### Sehr hypothetische Ausgangslage

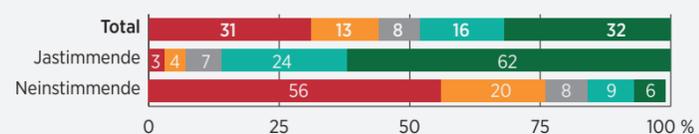
Die Schwierigkeit bei dieser Abstimmung war, dass es sich um eine sehr hypothetische Ausgangslage handelte. Das 2G-Gesetz sollte es der Regierung ermöglichen, bei einer drastischen Verschlechterung der epidemiologischen Situation 2G einführen zu können. Dazu kam, dass diese Entscheidung auch noch in Abhängigkeit zur Schweiz gefällt werden sollte. Selbst ein Ja zur Vorlage hätte also keineswegs bedeutet, dass

## Die besten Argumente

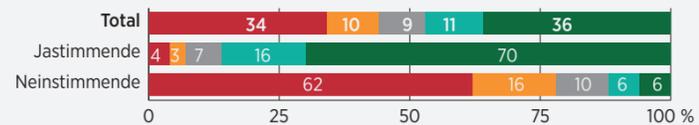
Argumente beider Lager mit der höchsten Zustimmung

■ überhaupt nicht einverstanden ■ eher nicht einverstanden ■ weiss nicht ■ eher einverstanden ■ voll und ganz einverstanden

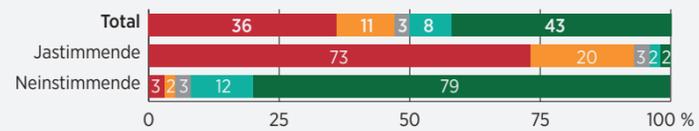
Pro: «Bei einem Regulationsgefälle zur Schweiz wäre der Zugang zum Schweizer Gesundheitswesen und insbesondere der Zugang zu Intensivbetten in Gefahr. Das muss auf jeden Fall vermieden werden.»



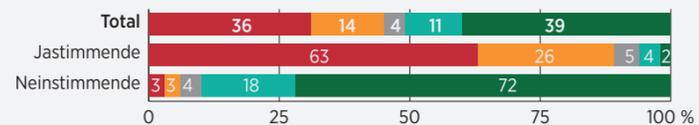
Pro: «Es wäre fahrlässig, die Möglichkeit, eine 2G-Regel im Notfall zu erlassen, von vornherein auszuschliessen.»



Contra: «Die 2G-Regel stellt eine unverhältnismässige Diskriminierung der Ungeimpften dar. Alleine deshalb ist das 2G-Gesetz abzulehnen.»



Contra: «Als die 2G-Regel im Dezember 2021 eingeführt wurde, hat sie wenig oder gar nichts gebracht. Deshalb braucht es kein 2G-Gesetz.»



Quelle: Liechtenstein-Institut, vorläufige Ergebnisse, Zahlen gerundet; Grafik: «Volksblatt», df

2G mit Sicherheit wiederkommt. Schon die Regierung ging davon aus, dass dieser Fall eher unwahrscheinlich ist. Zumal die Ausgangslage nochmals eine andere ist als im vergangenen Winter.

Was die kommenden Monate tatsächlich bringen, muss sich erst noch zeigen. Das Liechtenstein-Institut hat in der Umfrage aber auch abgefragt, für wie wahrscheinlich die Teilnehmer gewisse Szenarien halten (siehe untere Grafik). Ein Wert von 0 bedeutet eine geringe Wahrscheinlichkeit, 5 bedeutet eine 50:50-Chance und 10 steht für eine hohe Wahrscheinlichkeit. Die Mehrheit glaubt aufgrund der vorhandenen Immunität, neuer Medikamente und milderer Virusvarianten nicht an eine schlimme Welle (Mittelwert: 7,1). Das zeigt sich in beiden Lagern, wobei die Jastimmenden die Chance auf einen «ruhigen» Winter etwas geringer einschätzten (5,9) als die Neinstimmenden (8,1). Dass die Schweiz nochmals die 2G-Regel anwendet, halten die Befragten im Schnitt für eher unwahrscheinlich (4,1). «In diesen Erwartungen mischt sich möglicherweise auch Hoffnung und nicht nur «Ratio» mit ein. Aber auf jeden Fall ist es so, dass eine Mehrheit davon ausgeht, dass Corona «Geschichte» ist», fasst Milic zusammen. Diese Grundstimmung sei für das Gesetz gewiss nicht förderlich gewesen.

Die Ankündigung der Regierung, bei einem Nein notfalls zu Lockdowns greifen zu müssen, stiess in den beiden Lagern wiederum auf gemischtere Reaktionen. Jastimmende hielten dies für wahrscheinlicher (6,6), Neinstimmende für unwahrscheinlich (3,5). Am deutlichsten gingen die Meinungen bei der Prognose auseinander, ob Schweizer Intensivbetten unabhängig von der Liechtensteiner Coronapolitik zur Verfügung stehen. Die Gegner der Vorlage (8,5) hatten daran weniger Zweifel als die Befürworter (4,9). Insgesamt aber waren beide Seiten (6,8) recht zuversichtlich, dass Schweizer Spitäler Liechtensteiner Patienten keine Intensivbetten verwehren würden.

## Entschieden haben die Abstimmung die 2G-kritischen Geimpften

**Analyse** Der eigene Impfstatus zählte zu den wichtigsten Faktoren für den Stimmentcheid. Während Ungeimpfte fast ausnahmslos gegen 2G sind, gaben schlussendlich die regelungskritischen Geimpften den Ausschlag.

VON DANIELA FRITZ

Die 2G-Massnahme verwehrt ungeimpften Personen im vergangenen Winter den Zutritt zu vielen Bereichen des öffentlichen Lebens. Es verwundert daher nicht, dass diese Betroffenen eine gesetzliche Grundlage zur allfälligen Wiedereinführung der Massnahme fast ausnahmslos ablehnten (99 Prozent). Trotzdem war der eigene Impfstatus gemäss der Umfrage des Liechtenstein-Instituts nicht ausschlaggebend für das Ergebnis der Abstimmung. Vielmehr waren es letztlich die regelungskritischen Geimpften, die am Sonntag für ein Nein zur Vorlage sorgten. Immerhin knapp ein Drittel der mindestens einmal geimpften Personen stimmte nämlich gegen ein 2G-Gesetz. 31 Prozent der Ge-

impften empfand die Regelung als unzulässige Diskriminierung von ungeimpften Personen. Das zeigt auch, wie umstritten die Massnahme ist. Denn obwohl gemäss Liechtenstein-Institut die Mehrheit mit dem Krisenmanagement der Regierung grundsätzlich zufrieden ist, legte gut ein Viertel davon trotzdem ein Nein in die Urne. Auch fiel die Zustimmung unter jenen, die die Coronamassnahmen grundsätzlich als angemessen beurteilen, weniger deutlich aus als das Nein der Gegner. Wer der Regierung hingegen ohnehin schlechte Noten austeilte und der Meinung ist, die Coronamassnahmen gingen zu weit, war auch von 2G nicht zu überzeugen.

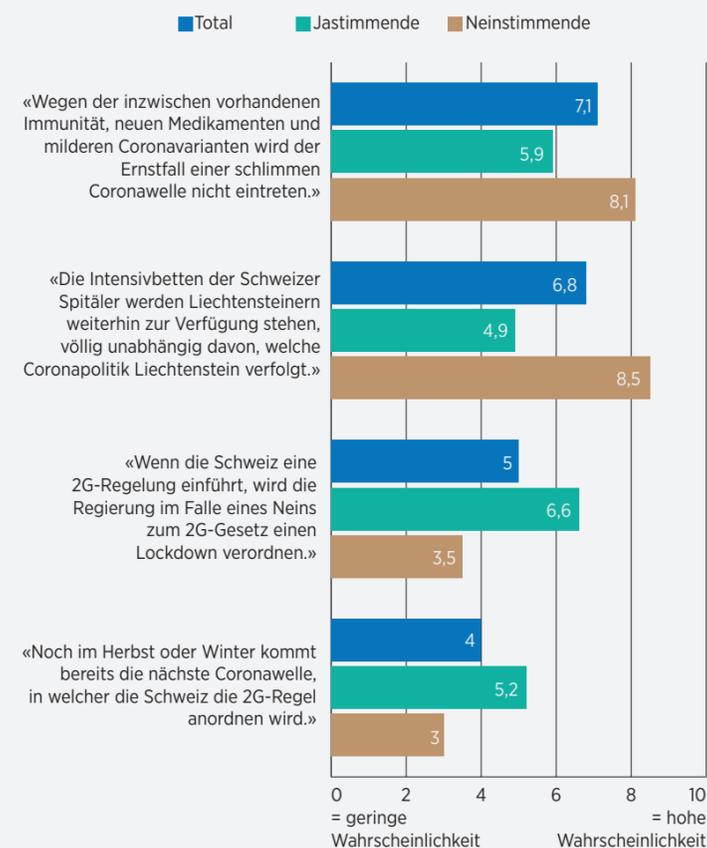
### Tiefes Vertrauen, tiefe Zustimmung

Ein Zusammenhang zeigt sich laut den vorläufigen Ergebnissen des Liechtenstein-Instituts auch zwischen dem Abstimmungsverhalten und der politischen Gesinnung. So hiessen Sympathisierende der Freien Liste die Vorlage zu 80 Prozent gut, während Anhänger von DU und DPL das 2G-Gesetz deutlich verwarfen. Durchwachsener ist das Bild bei jenen, die sich einer der beiden Grossparteien zuordnen. Sowohl FBP als auch VU gaben im Vorfeld

der Abstimmung eine Ja-Parole aus, auch wenn diese parteiintern umstritten gewesen sei. Dementsprechend waren etwa je zwei Drittel der FBP- und VU-Sympathisanten für die Vorlage, der Rest stimmte dagegen. Wenig überraschend, wenn auch deutlich: Alle, die Sympathien für die Anfang des Jahres gegründete Partei «Mensch im Mittelpunkt» (MiM) hegen, lehnten das Gesetz unisono ab (100 Prozent). «Das Nein zum Gesetz resultierte schliesslich, weil die grosse Gruppe der Parteugebundenen das Gesetz (63 Prozent) klar verwarf», schreibt Thomas Milic vom Liechtenstein-Institut in einer ersten Auswertung. Auch bei eher unpolitischen Personen sei das Gesetz grossmehrheitlich durchgefallen. Grundsätzlich lässt sich gemäss Milic anhand der Ergebnisse ein weiteres Muster erkennen: Je tiefer das Vertrauen in die Politik, desto geringer die Zustimmung. Soziodemografische Merkmale wie die Ausbildung oder das Einkommen spielten hingegen eine untergeordnete Rolle. Ältere haben dem 2G-Gesetz jedoch eher zugestimmt als jüngere Stimmberechtigte. Hier zeigt sich gemäss Liechtenstein-Institut ein Zusammenhang zur Impfquote in den jeweiligen Altersgruppen.

## Erwartungen der Befragten

Einschätzung der Wahrscheinlichkeit bestimmter Szenarien\*



\*Mittelwert Quelle: Liechtenstein-Institut, vorläufige Ergebnisse; Grafik: «Volksblatt», df